



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 14. Sitzung des Stadtrates vom
20.12.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:31 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017
Vorlage: FB 4/278/2011
- 1.1. Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017 - ergänzende Tischvorlage -
Vorlage: FB 4/278/2011/1
2. Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 hier: Zuleitung der Entwürfe
Vorlage: FB 2/434/2011
3. Widmung von Gemeindestraßen
hier: Julius-Maggi-Straße / Stichstraßen zu "Dülmener Str. 26 und 28"
Vorlage: FB 3/511/2011
4. Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012
Vorlage: FB 3/513/2011
5. Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011
hier: 1. Änderung
Vorlage: FB 3/512/2011
6. Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: FB 2/439/2011
7. 4. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung vom 09.10.2001
Vorlage: FB 2/440/2011
8. 1. Änderungssatzung zur Zweitwohnungssteuersatzung vom 21.12.2005
Vorlage: FB 2/441/2011
9. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen
Vorlage: FB 3/509/2011
10. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von
Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB 3/506/2011
11. Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und
Abwassergebühren
hier: Neuerlass
Vorlage: FB 3/514/2011
12. Erlass der Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen nach §§ 135 a - 135 c
BauGB
Vorlage: FB 3/510/2011
13. Änderung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung für das Jahr
2012
Vorlage: FB 3/500/2011
14. Neuerlass der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende
Gewässer sowie der hierzu erlassenen Gebührensatzung / Kalkulation der
Wasserverbandsgebühren 2012
Vorlage: FB 3/501/2011
15. Benutzungs- und Entgeltbestimmungen für Einrichtungen der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/277/2011
16. 11. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von
Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: FB 5/071/2011
17. Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/505/2011
18. Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasseranlagen gem. § 61 a LWG NRW
Hier: Beratung des Betriebsausschusses Abwasserwerk in seiner Sitzung vom
01.12.2011

Vorlage: FB 3/517/2011

Tischvorlage

- 18.1. Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasseranlagen gem. § 61 a LWG NRW
Beratung des Betriebsausschusses Abwasserwerk in seiner Sitzung vom 01.12.2011
Vorlage: FB 3/517/2011/1
19. Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich
Vorlage: FB 3/515/2011
Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich -ergänzende Sitzungsvorlage-
- 19.1. Vorlage: FB 3/515/2011/1
20. Bebauungsplan "Rohrkamp" - Veränderung der Geltungsdauer der Veränderungssperre
Vorlage: FB 3/507/2011
21. Berichte
22. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

23. Grundstücksangelegenheiten
Reduzierung der Verkaufspreise für Wohnbaugrundstücke im Baugebiet "Paterkamp Süd-Ost II"
Vorlage: FB 2/442/2011
24. Berichte
25. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017 **Vorlage: FB 4/278/2011**

TOP 1.1) Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017 - ergänzende Tischvorlage - **Vorlage: FB 4/278/2011/1**

Beigeordnete Karasch erläutert die ergänzende Tischvorlage.

Sie merkt an, dass die Beschlussfassung das Resultat der letzten interfraktionellen Gesprächsrunde sei. Es solle nicht abgewartet werden, wie sich der Schülertrend an der Hauptschule entwickeln werde. Es müsse bereits jetzt nach Möglichkeiten gesucht werden, damit das Verfahren in den Jahren 2013/2014 eingeleitet werden könne.

Als nächstes sei zeitnah mit der Schulaufsicht ein Beratungstermin zu vereinbaren.

Weiterhin müsse für die Sekundarschule ein pädagogisches Konzept entwickelt werden. Hierzu solle eine Konzeptgruppe, bestehend aus Vertretern der beiden Schulen sowie dem Schulträger entstehen. Auch die Eltern seien hinreichend zu informieren.

Stv. Dr. Waldt teilt mit, dass bereits vor einem Jahr beschlossen worden sei, den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben. Ausführungen von Sachverständigen lägen inzwischen vor. Diese seien bereits im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales sowie in interfraktionellen Gesprächen beraten worden. Fraglich sei seiner Meinung nach gewesen, ob schon jetzt gehandelt werden müsse. Lüdinghausen verfüge schließlich über gute Schulen. Aus dem Gutachten gehe jedoch hervor, dass bereits jetzt gehandelt werden müsse.

Stv. Dr. Waldt berichtet, aus den interfraktionellen Gesprächen den Eindruck gewonnen zu haben, dass alle Fraktionen dafür seien, bereits jetzt zu handeln. Der Blick müsse nach vorn gerichtet und die demographischen Entwicklung müsse berücksichtigt werden.

Weiterhin müsse überdacht werden, wie die weiteren Schritte auszusehen haben, so Stv. Dr. Waldt.

Zunächst seien Abstimmungsprozesse einzuleiten sowie ein attraktives Konzept für die Sekundarschule zu entwickeln. Eine entsprechende Gegenüberstellung der beiden Schulformen Gesamtschule und Sekundarschule müsse ebenfalls erstellt werden.

Der Vorschlag der Verwaltung sei der richtige Weg. Beide Schulen, Realschule und Gymnasium, haben bereits erfreulicherweise ihre Mitarbeit signalisiert.

Stv. Friedenstab weist auf die Wichtigkeit dieser Angelegenheit hin. Noch vor einem Jahr stand diese Angelegenheit an Position 29 der Tagesordnung. Heute werde dieses Thema an erster Stelle diskutiert.

Der Inhalt der Sitzungsvorlage entspreche seinen Vorstellungen. Auch die Kompromissbereitschaft sei ersichtlich.

Weiterhin bedankt er sich bei der Verwaltung, dem Schulausschuss, dem Büro Garbe sowie bei den Schulen für die gezeigte Bereitschaft zur Mitarbeit.

Anschließend macht er deutlich, dass der jetzt eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen werden solle. Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stv. Mönning merkt an, dass die Verwaltung vor einem Jahr schlecht beraten war. Dies sehe zum jetzigen Zeitpunkt anders aus. Die Schullandschaft werde sich in den nächsten Jahren verändern. Lüdinghausen dürfe sich hier nicht abhängen lassen und müsse daher jetzt handeln. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Beschlussvorschlag daher ebenfalls zu.

Stv. Weiland macht deutlich, dass es sich um einen besonderen Tag handele. Heute werden schulpolitische Maßstäbe für die Zukunft gesetzt.

Der Weg müsse nach vorne gehen. Es müsse eine neue Schulstruktur geschaffen werden, die alle Schüler nach ihren Interessen, ihren Fähigkeiten und ihren Begabungen fördert. Die bestehenden Schulen müssen sich in dem neuen Konzept jedoch wieder finden, appelliert Stv. Weiland.

Er fügt hinzu, dass die neue Schulform attraktiv gestaltet werden müsse und der Schulstandort Lüdinghausen eine sichere Basis bilden solle.

Die hier getroffene Entscheidung sei in seinen Augen ein schöner Jahresabschluss.

Auch Stv. Kehl ist über den positiven Konsens und die guten Gespräche in der interfraktionellen Gesprächsrunde sehr erfreut. Am Ende sollen sich alle Fraktionen einstimmig für die gleiche Schulform aussprechen. Es sei jedoch wichtig, dass ein gutes Konzept erstellt werde. Hier müssen die Schulen und die Eltern mit einbezogen werden. Die Diskussion sollte unpolitisch erfolgen. Entscheidend seien die Fakten, so Stv. Kehl. Auch die UWG-Fraktion stimme daher zu.

Es sei sehr erfreulich, dass das Verfahren ein derartig hohes Maß an Übereinstimmung finde, merkt Stv. Schwarzenberg an. Auch sein erster Gedanke bestand darin abzuwarten, da in Lüdinghausen gute Schulen vorhanden seien. Die neu vorhandenen Zahlen des Gutachters treffen jedoch eine andere Aussage.

Es solle eine Konzeptgruppe mit allen Verantwortlichen gegründet werden, ergänzt Stv. Schwarzenberg abschließend.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Verfahren für die Einführung einer alternativen Schulform für die Haupt- und Realschule weiter durchzuführen.

Hierzu soll sie Veranstaltungen zur Elterninformation über alternative Schulformen sowie eine Elternbefragung initiieren.

Des Weiteren soll eine Konzeptgruppe für die Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes für die pot. Einführung einer Sekundarschule in Lüdinghausen eingerichtet werden.

-einstimmig-

TOP 2) Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 hier: Zuleitung der Entwürfe

Vorlage: FB 2/434/2011

Beschluss:

Der Rat nimmt die Entwürfe der Jahresabschlüsse der Stadt Lüdinghausen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 zur Kenntnis und überweist diese gem. § 101 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

-einstimmig-

TOP 3) Widmung von Gemeindestraßen

hier: Julius-Maggi-Straße / Stichstraßen zu "Dülmener Str. 26 und 28"

Vorlage: FB 3/511/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt, die nachfolgend aufgeführten Straßen, die in den als Anlage beigefügten Lageplänen schraffiert dargestellt sind, als „Gemeindestraßen“ dem öffentlichen Verkehr gem. den §§ 2,3 und 6 des Straßen- und Wegegesetzes NW zu widmen:

1. Julius-Maggi-Straße
2. Stichstraßen zu „Dülmener Str. 26 und Nr. 28“

-einstimmig-

TOP 4) Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012

Vorlage: FB 3/513/2011

Stv. Mönning merkt an das ihm bekannt sei, dass in der Angelegenheit noch ein Gerichtsverfahren anhängig sei. Solange hier noch keine abschließende Entscheidung

getroffen worden sei, wird die Fraktion Bündnis'90/Die Grünen dem vorgelegten Konzept zunächst zustimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 entsprechend der Anlage:

1. Erfolgsplan
 2. Ziffer 10: Jahresüberschuss 955.000,00 €
2. Vermögensplan
 - Mittelbedarf/Mittelverwendung 2.375.000,00 €
3. Vermögensplan 2012 – 2015
In der vorgelegten Fassung
4. Stellenübersicht
Das Abwasserwerk hat kein eigenes Personal. Pensionsrückstellungen sind daher nicht erforderlich.
5. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung des im Vermögensplan benötigten Mittelbedarfs für 2012 notwendig ist, wird auf 1.570.000,00 € festgesetzt.
6. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für 2012 wird auf 3.390.000,00 € festgesetzt.
7. Der Höchstbetrag der Kassenkredite 2012 wird auf 2.500.000,00 € festgesetzt.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	0

TOP 5) Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011

hier: 1. Änderung

Vorlage: FB 3/512/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Änderung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2011 entsprechend der Anlage:

1. Erfolgsplan
 2. Ziffer 10: Jahresüberschuss 920.000,00 €
2. Vermögensplan
 - Mittelbedarf/Mittelverwendung 1.990.000,00 €
3. Vermögensplan
In der vorgelegten Fassung
4. Stellenübersicht
Das Abwasserwerk hat kein eigenes Personal.

5. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung des im Vermögensplan benötigten Mittelbedarfs für 2011 notwendig ist, wird nicht verändert.
6. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für 2011 wird nicht verändert.
7. Der Höchstbetrag der Kassenkredite für 2011 wird nicht verändert.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	0

TOP 6) Hebesatz-Satzung für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: FB 2/439/2011

Bürgermeister Borgmann lässt über die Erhöhung der Hebesätze in zwei Schritten abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Grundsteuer A von 240 v. H. auf 260 v. H. und die Grundsteuer B von 440 v. H. auf 460 v. H. zu erhöhen.

-einstimmig-

Beschluss:

Der Rat beschließt die Gewerbesteuer von 440 v. H. auf 460 v. H. zu erhöhen.

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

Die Hebesatz-Satzung vom 21.12.2011 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

TOP 7) 4. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung vom 09.10.2001

Vorlage: FB 2/440/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die 4. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung vom 09.10.2001.

-einstimmig-

Die 4. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung vom 09.10.2001 ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

TOP 8) 1. Änderungssatzung zur Zweitwohnungssteuersatzung vom 21.12.2005

Vorlage: FB 2/441/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Änderungssatzung zur Zweitwohnungssteuersatzung vom 21.12.2005.

Ja-Stimmen:	36
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	0

Die 1. Änderungssatzung zur Zweitwohnungssteuersatzung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

**TOP 9) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen
Vorlage: FB 3/509/2011**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung).

-einstimmig-

Die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 21.12.2011 ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

**TOP 10) Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von
Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB 3/506/2011**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) in der Fassung der 17. Änderung vom 21.12.2011.

-einstimmig-

Die Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Fassung der 17. Änderung vom 21.12.2011 ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

**TOP 11) Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren
hier: Neuerlass
Vorlage: FB 3/514/2011**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren.

Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	14
Enthaltungen:	0

Die Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren vom 21.12.2011 ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

**TOP 12) Erlass der Satzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen nach §§ 135 a - 135 c BauGB
Vorlage: FB 3/510/2011**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsgebühren nach §§ 135 a – 135 c BauGB.

-einstimmig-

Die Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsgebühren nach §§ 135 a – 135 c BauGB von 21.12.2011 ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

**TOP 13) Änderung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung für das Jahr 2012
Vorlage: FB 3/500/2011**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Lüdinghausen in der Fassung der 6. Änderung.
2. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung der Stadt Lüdinghausen.

-einstimmig-

Die Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Lüdinghausen in der Fassung der 6. Änderung ist der Niederschrift als Anlage 8 und die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung der Stadt Lüdinghausen ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.

**TOP 14) Neuerlass der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer sowie der hierzu erlassenen Gebührensatzung / Kalkulation der Wasseverbandsgebühren 2012
Vorlage: FB 3/501/2011**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Lüdinghausen für fließende Gewässer.
2. Der Rat beschließt die Gebührensatzung zu der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Lüdinghausen für fließende Gewässer für das Jahr 2012.

-einstimmig-

Die Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Lüdinghausen für fließende Gewässer ist der Niederschrift als Anlage 10 und die Gebührensatzung zu der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Lüdinghausen für fließende Gewässer ist der Niederschrift als Anlage 11 beigefügt.

**TOP 15) Benutzungs- und Entgeltbestimmungen für Einrichtungen der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 4/277/2011**

Stv. Mönning bezieht sich auf einen Zeitungsartikel aus dem Stadtspiegel der Stadt Dorsten und fragt an, ob es richtig sei, dass eine im nächsten Jahr stattfindende Messe in der Burg ohne eine entsprechende Mietzahlung erfolgen werde.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass dies ihm nicht bekannt sei.

Stv. Spiekermann- Blankertz erkundigt, sich warum der Parc de Taverny jetzt komplett aus den Benutzungs- und Entgeltbestimmungen heraus genommen worden sei.

Es sei schwierig, für die Festsetzung der Gebühren eine sinnhafte Regelung zu finden, erklärt Beigeordnete Karasch.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Benutzungs- und Entgeltbestimmungen für Einrichtungen der Stadt Lüdinghausen.

-einstimmig-

Die Benutzungs- und Entgeltbestimmungen für Einrichtungen der Stadt Lüdinghausen sind der Niederschrift als Anlage 12 beigefügt.

**TOP 16) 11. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: FB 5/071/2011**

Beschluss:

Die 11. Änderungssatzung zu der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren wird beschlossen.

-einstimmig-

Die 11. Änderungssatzung vom 21.12.2011 zu der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 14.03.1996 ist der Niederschrift als Anlage 13 beigelegt.

**TOP 17) Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Lüdinghausen
Vorlage: FB 3/505/2011**

Stv. Suttrup erkundigt sich, ob die Kosten für den behindertengerechten Zugang zum Friedhof in der Gebührenkalkulation bereits berücksichtigt worden seien.

Herr Gantefort teilt mit, dass eine Berücksichtigung bisher noch nicht erfolgt sei. Die Kosten werden daher über eine entsprechende Nachkalkulation abgerechnet.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Lüdinghausen in der Fassung der 7. Änderung.

-einstimmig-

Die Gebührensatzung für die Friedhofseinrichtungen der Stadt Lüdinghausen in der Fassung der 7. Änderung ist der Niederschrift als Anlage 14 beigelegt.

**TOP 18) Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasseranlagen gem. § 61 a LWG NRW
Hier: Beratung des Betriebsausschusses Abwasserwerk in seiner Sitzung vom 01.12.2011
Vorlage: FB 3/517/2011**

**TOP
18.1) Tischvorlage
Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasseranlagen gem. § 61 a LWG NRW
Beratung des Betriebsausschusses Abwasserwerk in seiner Sitzung vom 01.12.2011
Vorlage: FB 3/517/2011/1**

Herr Gantefort erläutert die Tischvorlage und merkt an, dass wie im Betriebsausschuss bereits besprochen, die Verwaltung noch einmal über den Sachstand berichten werde.

Er macht deutlich, dass der bestehende Beschluss verfassungsgemäß und der § 61 a LWG NRW auch weiterhin bestandskräftig sei. Der Städte- und Gemeindebund empfehle die

bestehende Fristensatzung auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Sofern im nächsten Jahr eine Gesetzesnovelle erfolge, könne die Satzung anschließend angepasst bzw. geändert werden.

Die Verwaltung schlägt daher eine Modifizierung der bestehenden Satzung in Form der 1. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Festlegung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 7 LWG NRW vom 15.04.2011 vor.

Mit der Änderungssatzung werde die Prüffrist für das Gebiet 1 – Mollstr. in Seppenrade von derzeit 31.12.2011 auf den 31.12.2012 verlängert. Hieraus resultiere eine Vorlagepflicht für die Bescheinigung zum 31.01.2013.

Die Diskussion auf Landesebene könne somit abgewartet werden, merkt Herr Gantefort an.

Weiterhin weist er darauf hin, dass der Hauptkanal und die Anschlussleitungen in der Mollstr. Mitte des Jahres 2012 zu einem großen Teil ausgetauscht oder saniert werden, so dass den Eigentümern bei Kenntnis über den Zustand ihrer Anlage die Möglichkeit gegeben werden könne, sich an der Baumaßnahme zu beteiligen.

Dies gelte ebenfalls für den Bereich 3- Seppenrade –West, ergänzt Herr Gantefort.

Stv. Grundmann hält den Vorschlag der Verwaltung für vernünftig. Die Entscheidung auf Landesebene sei für ihn nicht nachvollziehbar. Es müsse hier eine vernünftige Einigung erfolgen.

Auch Stv. Friedenstab lobt die ordentliche Arbeit der Verwaltung. Er könne nicht nachvollziehen, wie die Dinge gelaufen seien. Die CDU habe auf Landesebene viel Gegenwehr gegen eine Entscheidung erhalten, die CDU in Lüdinghausen rudere daher ebenfalls zurück.

Stv. Möllmann stellt klar, dass es wichtig sei, dass die Abwasserleitung dicht seien. Die CDU-Fraktion wehrt sich lediglich dagegen, dass von vorn herein ein Generalverdacht gehegt werden solle, dass alle Abwasserleitung undicht seien.

Stv. Kehl weist darauf hin, dass die UWG-Fraktion noch vor einem halben Jahr aufgrund ihres Flyers in der Ratssitzung von Bürgermeister Borgmann ermahnt worden sei. Heute sehe die Sache ganz anders aus. Die Verwaltung habe inzwischen erkannt, dass es notwendig sei, zu handeln. Sie hätte jedoch erkennen müssen, dass falsch gehandelt worden sei.

Er spricht jedoch ein Lob gegenüber Stv. Möllmann bzw. der CDU-Fraktion aus, dass diese das Thema nochmals überdenken wollen. Endlich habe man gemerkt, dass das Thema die Menschen bewege.

Stv. Mönning merkt an, dass das Verwaltungshandeln anhand der bestehenden Rechtslage erfolge. Fraglich sei für ihn, wer den Verdacht auf Undichtigkeit der Abwasserleitungen äußere. Er sei der Meinung, dass sachbezogen gearbeitet werden müsse. Im öffentlichen Netz müssen auch entsprechende Reparaturen durchgeführt werden, wieso solle dies nicht für die privaten Anschlüsse gelten, verdeutlicht Stv. Mönning.

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass bei Erlass der Satzung die Gesetzeslage eindeutig gewesen sei. Genauso war man damals davon überzeugt, die bürgerfreundlichste Lösung gefunden zu haben.

Die Verwaltung habe auf die jetzige Situation mit einem guten ebenfalls bürgerfreundlichen Vorschlag reagiert, ergänzt Stv. Schwarzenberg. Ihm sei jedoch nicht klar, warum der

Bereich Emkum in der Änderungssatzung nicht berücksichtigt werden solle. Er bittet darum, dies in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses noch einmal zu beraten.

Stv. Dr. Waldt merkt er an, dass sich die Aktivitäten der UWG-Fraktion zu Beginn der Diskussion über die Dichtheitsprüfung als richtig erwiesen haben.

Bürgermeister Borgmann stellt klar, dass sich die Verwaltung zu jederzeit gesetzestreu verhalten habe. Des Weiteren teilt er mit, dass der Umweltausschuss über keine Legitimation verfüge, einen Beschluss über eine mögliche Aussetzung der Satzung zu fassen. Die Entscheidung müsse im Landtag getroffen werden. Bisher sei die Gesetzeslage daher eindeutig. Der Landtag habe noch keine andere Entscheidung getroffen.

Stv. Kehl beantragt gem. § 13 Abs. 2 Buchstabe e eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Die Sitzung wird von 18:55 Uhr bis 19:00 Uhr unterbrochen.

Anschließend beantragt die UWG-Fraktion (vorgetragen durch Stv. Kehl), die Prüffrist bis zum 31.12.2013 zu verlängern.

Bürgermeister Borgmann lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Entwurf der Verwaltung über eine Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Festlegung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen gem. § 61 a Abs. 3 bis 7 LWG NRW.

Weiterhin ist im Betriebsausschuss erneut darüber zu beraten, ob die Prüffristen für das Gebiet 2- Emkum, welches in einer Wasserschutzzone liege, ebenfalls verlängert werden soll.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, sollte sich seitens der Gesetzgebung künftig die Möglichkeit einer bürgerfreundlicheren Umsetzungsmöglichkeit oder Fristenverlängerung der Dichtheitsprüfung ergeben, diese unter Information und Einbeziehung der politischen Gremien umzusetzen. Eigentümer in den Bereichen 1 und 3 (Mollstr. und Seppenrade-West) sollen durch die Verwaltung auf mögliche Synergieeffekte hingewiesen werden, die die Untersuchung und Sanierung der öffentlichen Kanalisation mit sich bringen kann.

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	7

Weiterhin teilt er mit, dass der Landtag im Januar 2012 erneut über das Thema Dichtheitsprüfung beraten werde. Mit einer abschließenden Entscheidung, kann frühestens im April 2012 gerechnet werden.

TOP 19) Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich
Vorlage: FB 3/515/2011

TOP 19.1) Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich -ergänzende Sitzungsvorlage-
Vorlage: FB 3/515/2011/1

Stv. Schulze-Uphoff merkt an, dass die CDU-Fraktion das von der Verwaltung entwickelte Wegekonzept mit trage.

Weiterhin ergänzt er, dass der Bereich Olfener Straße – Hof Grube aus dem strategischen Wegekonzept herausgenommen werden solle, da es sich hier bereits um den Innenbereich handele.

Der Beschlussvorschlag solle jedoch dahingehend ergänzt werden, dass die Verwaltung auf der Grundlage dieses Konzeptes beauftragt werde, Vorschläge einer Anliegerkostenbeteiligung bei Investitionsmaßnahmen zu erarbeiten und diese neben dem Haupt- und Finanzausschuss auch dem Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt zur Beratung vorzulegen.

Stv. Friedenstab weist darauf hin, dass die geologischen und ökologischen Verhältnisse im Bereich Seppenrade berücksichtigt werden sollen.

Die Erarbeitung des strategischen Wegekonzeptes sei ein wichtiger Schritt. Wichtig sei jedoch auch, dass die Betroffenen einsichtig seien, so Stv. Kehl.

Stv. Kehl ergänzt, dass der Rat und die Verwaltung mit einer Stimme sprechen müsse. Das Konzept solle schließlich für viele Jahre bestehen.

Stv. Wippich teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt ebenfalls ein Änderungsantrag gestellt worden sei. Eine Antwort hierzu wurde jedoch noch nicht gegeben. Weiterhin merkt er an, dass er das Konzept nicht grundsätzlich ablehne. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion stehe nicht zur Debatte. Auch der Beschlussvorschlag sei heute nicht umzusetzen.

Bürgermeister Borgmann erläutert, dass heute zunächst ein Grundsatzbeschluss getroffen werden soll. Anschließend müsse dann erarbeitet werden, wie mit den einzelnen Straßen umgegangen werde.

Stv. Spiekermann-Blankertz äußert, dass das strategische Wegekonzept im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen bereits vor Jahren ein Thema gewesen sei. Grundsätzlich sei hier bereits zu viel Zeit vergangen.

Stv. Möllmann fügt nochmals hinzu, dass die Verwaltung entsprechende Vorschläge erarbeiten solle.

Es müsse eine klare Entscheidung getroffen werden, die nicht in einem halben Jahr wieder anders aussehe, merkt Bürgermeister Borgmann an.

Stv. Mönning erklärt abschließend, dass die Fraktion Bündnis '90/Die Grünen einer Vorfestlegung nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Der Rat beschließt, unter Berücksichtigung der vom Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt angeregten Änderungen das für den Außenbereich erstellte Wegekonzept.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Konzeptes Vorschläge einer Anliegerkostenbeteiligung bei Investitionsmaßnahmen zu erarbeiten und diese dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt zur Vorberatung vorzulegen.

Ja-Stimmen:	35
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

TOP 20) Bebauungsplan "Rohrkamp" - Veränderung der Geltungsdauer der Veränderungssperre
Vorlage: FB 3/507/2011

Beschluss:

Der Rat beschließt die zur Sicherung der Planung für den Bebauungsplan-Aufstellungsbereich „Rohrkamp“ erlassene Veränderungssperre gem. § 14 ff. BauGB um ein weiteres Jahr zu verlängern.

-einstimmig-

Die Satzung über die Verlängerung einer Veränderungssperre für das Bebauungsplan-Aufstellungsgebiet „Rohrkamp“ in der Stadt Lüdinghausen ist der Niederschrift als Anlage 16 beigefügt.

TOP 21) Berichte

-keine-

TOP 22) Anfragen

a) Stv. Weiland merkt an, dass der Ausbau der U3- Betreuung in NRW insgesamt nur sehr schleppend vorangehe und ihm große Sorge bereite. So stehe NRW mit 15,9 % Versorgungsquote an letzter Stelle.

Dies sei ein Thema, das nicht parteipolitisch, sondern gesamtpolitisch betrachtet werden müsse. Bis 2013 müssen 32 % Versorgungsquote erreicht werden. Eltern hätte hierauf schließlich ein Anrecht.

Er möchte daher wissen, wie die Situation zum jetzigen Zeitpunkt in Lüdinghausen aussehe und ob die Chance bestehe, im Jahre 2013 das vorgegebene Ziel von 33 % zu erreichen.

Beigeordnete Karasch teilt mit, dass bisher 22 % in Lüdinghausen erreicht worden seien. Weitere Anträge seien gestellt. Diese müssen zunächst abgewartet werden, ergänzt Beigeordnete Karasch.

- b) Stv. Grundmann fragt nach der Rechtsgrundlage auf die sich die Verwaltung stütze, um einen Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil beraten zu können.

Bürgermeister Borgmann nennt den § 48 GO i. V. m. der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Lüdinghausen.

- c) Stv. Schäfer erkundigt sich nach dem Grundstück Ostwall/Janackerstiege, welches die Stadt bereits erworben habe. Ihm sei bekannt, dass die Kinderarztpraxis zum Ende des Jahres schließen werde. Ein Nachfolger sei vorhanden, dieser ziehe jedoch nach Ascheberg. Er möchte daher wissen, ob die Verwaltung schon Vorstellungen habe, was mit dem Grundstück passieren werde.

Bürgermeister Borgmann bestätigt, dass die Praxis zum 31.12.2011 schließen werde. Die weiteren Fragen könne er jedoch nur im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beantworten.

- d) Stv. Friedenstab erkundigt sich nach einem Grundstück im Baugebiet „Paterkamp Südost“. Im Gildenweg sei ein unbebautes Grundstück, das immer mehr zur Müllhalde werde. Er fragt nach den Eingriffsmöglichkeiten der Verwaltung.

Bürgermeister Borgmann sagt Prüfung zu.

- e) Wann die Franzosenbrücke an der Steverstraße abschließend fertig gestellt werde, möchte Stv. Mönning wissen.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass dies eine Angelegenheit des Kreises sei. Die Anmerkung werde aber noch einmal entsprechend weitergegeben.

- f) Stv. Bontrup fragt an, ob das GPA-Gutachten bereits vorliege.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass das Gutachten Anfang in seiner Endfassung noch nicht vorliege.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:25 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Lüdinghausen am 20.12.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Höring, Volker	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	-entschuldigt-
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Tuschmann, Werner	